

# Inhaltsübersicht

<b>A. Einleitung . . . . .</b>	<b>1</b>
I. Anlass der Untersuchung . . . . .	1
II. Ziel und Gang der Untersuchung . . . . .	5
III. Begriffsbestimmungen . . . . .	7
<b>B. Die gesetzlichen Regelungen der Aufsicht des Insolvenzgerichts . . .</b>	<b>9</b>
I. Gesetzeslage bis zur Einführung der InsO . . . . .	9
1. Die Aufsicht über den Konkursverwalter . . . . .	9
2. Die Aufsicht über den Vergleichsverwalter . . . . .	10
3. Die Aufsicht über den Gesamtvollstreckungsverwalter . . . . .	10
II. Die Regelung der Aufsicht in der Insolvenzordnung (InsO) . . .	11
1. § 58 InsO als allgemeine gesetzliche Anordnung der insolvenzgerichtlichen Aufsicht . . . . .	12
2. Besondere Regelungen zur insolvenzgerichtlichen Aufsicht . . .	12
3. Gesetzliche Regelung der Handlungspflichten des Insolvenzverwalters . . . . .	20
III. Die funktionale Zuständigkeit für die Aufsicht über den Insolvenzverwalter . . . . .	22
1. Funktionelle Zuständigkeit des Insolvenzrichters . . . . .	23
2. Funktionelle Zuständigkeit des Rechtspflegers . . . . .	25
3. Wirksamkeit einer Entscheidung des funktionell unzuständigen Organs? . . . . .	27
<b>C. Der Inhalt der Aufsicht des Insolvenzgerichts . . . . .</b>	<b>29</b>
I. § 58 InsO: Rechts- oder auch Fachaufsicht? . . . . .	29
1. Versuch einer Auslegung des § 58 Abs. 1 InsO . . . . .	30
2. Einheit der Rechtsordnung . . . . .	36
3. Kontinuität der Diskussion der Aufsicht zur KO und InsO . . . .	45
4. Die Zweckmäßigkeitskontrolle als Erkenntnisprozess zur Ausübung der insolvenzgerichtlichen Aufsicht . . . . .	52
5. Die Aufsicht zwischen staatlicher Aufgabe und Gläubigerautonomie . . . . .	54
6. Zweckmäßigkeitskontrolle des Insolvenzgerichts bei Betriebsstilllegung, -veräußerung und Reorganisation im Insolvenzplanverfahren . . . . .	58
II. § 58 InsO: Besteht ein Aufsichtsermessen des Insolvenzgerichts? . . . . .	68

## Inhaltsübersicht

1. Vorbemerkungen zur Terminologie . . . . .	68
2. Die Aufsicht als Amtspflicht . . . . .	70
3. Versuch einer Auslegung . . . . .	71
4. Einheit der Rechtsordnung . . . . .	73
5. Stand der Diskussion . . . . .	78
6. Aufsichtsermessen und gesetzlich geregelte Fälle der Aufsicht . . . . .	79
7. Zusammenfassung . . . . .	89
<b>III. Grenzen des Aufsichtsermessens . . . . .</b>	<b>89</b>
1. Verfassungsrechtliche Grenzen des Aufsichtsermessens . . . . .	89
2. Allgemeine Beschränkungen des Ermessens . . . . .	93
3. Besondere Beschränkungen des Ermessens des Insolvenzgerichts am Beispiel der Auswahl des Insolvenzverwalters . . . . .	102
4. Besteht eine Pflicht zu Aufsichtsmaßnahmen auf Antrag? . . . . .	119
5. Insolvenzgerichtliche Aufsicht und Gläubigerbeteiligung . . . . .	120
6. Verhältnis der insolvenzgerichtlichen zur berufsständischen Aufsicht . . . . .	126
<b>D. Der Umfang der Aufsicht des Insolvenzgerichts . . . . .</b>	<b>129</b>
<b>I. Adressat der insolvenzgerichtlichen Aufsicht . . . . .</b>	<b>129</b>
1. Der (vorläufige) Insolvenzverwalter, der Treuhänder und der Sachwalter . . . . .	129
2. Die Aufsicht über den Sachverständigen gem. § 5 Abs. 1 Satz 2 InsO . . . . .	129
<b>II. Gegenstand der insolvenzgerichtlichen Aufsicht . . . . .</b>	<b>135</b>
1. Die Verfahrensabwicklung des Insolvenzverwalters . . . . .	135
2. Die Person des Insolvenzverwalters . . . . .	136
<b>III. Umfang der insolvenzgerichtlichen Aufsicht in formaler Hinsicht . . . . .</b>	<b>153</b>
1. Einsetzen der insolvenzgerichtlichen Aufsicht . . . . .	154
2. Formale Beendigung der insolvenzgerichtlichen Aufsicht . . . . .	160
<b>E. Die Aufsicht des Insolvenzgerichts als Erkenntnisprozess . . . . .</b>	<b>173</b>
<b>I. Voraussetzungen der Erkenntnisgewinnung . . . . .</b>	<b>173</b>
1. Zuständigkeitskonzentration am Amtsgericht . . . . .	173
2. Kompetenzverteilung innerhalb des Insolvenzgerichts . . . . .	175
3. Subjektive Anforderungen an die Organe des Insolvenzgerichts . . . . .	176
4. Bedeutung der Ausstattung des Insolvenzgerichts für die Aufsicht . . . . .	179
5. Ablauforganisation des Insolvenzgerichts . . . . .	182
6. Zusammenfassung . . . . .	184
<b>II. Erkenntnisquellen des Insolvenzgerichts . . . . .</b>	<b>184</b>
1. Amtsermittlungen im Rahmen der insolvenzgerichtlichen Aufsicht . . . . .	185

2. Informationen durch Verfahrensbeteiligte oder Dritte . . . . .	193
3. Informationspflicht des Insolvenzverwalters gem. § 58 Abs. 1 Satz 2 InsO . . . . .	199
4. Interne Rechnungslegung des Insolvenzverwalters . . . . .	201
5. Externe Rechnungslegung des Insolvenzverwalters . . . . .	232
6. Die Organe der Gläubigergesamtheit . . . . .	235
<b>III. Ergebnis . . . . .</b>	<b>238</b>
 <b>F. Die Aufsichtsmaßnahme als Aufsichtsvollzug . . . . .</b>	<b>241</b>
<b>I. Die Auswahl des Insolvenzverwalters . . . . .</b>	<b>241</b>
1. Das (Vor-)Auswahlverfahrens in der Rechtsprechung des BVerfG . . . . .	242
2. Das Vorauswahlverfahren als Teil der insolvenzgerichtlichen Aufsicht . . . . .	250
3. Die Bestellung des Insolvenzverwalters als Aufsichtsvollzug . .	292
<b>II. Die Nichtberücksichtigung bei zukünftigen Bestellungen . . .</b>	<b>306</b>
<b>III. Die Steigerung der Berichtspflicht . . . . .</b>	<b>307</b>
1. Gesteigerte Berichtspflicht nach § 58 Abs. 1 Satz 2 InsO . . . . .	307
2. Sonderprüfung . . . . .	308
<b>IV. Die Einberufung einer Gläubigerversammlung . . . . .</b>	<b>309</b>
1. Einberufung . . . . .	309
2. Einberufungsgrund . . . . .	310
3. Rechtsmittel . . . . .	312
<b>V. Die Handlungsanweisung durch das Insolvenzgericht . . . . .</b>	<b>313</b>
1. Zulässigkeit von Handlungsanweisungen . . . . .	313
2. Rechtsmittel gegen Weisungen des Insolvenzgerichts bzw. deren Ablehnung . . . . .	331
3. Exkurs: Weisungsrecht der Insolvenzgläubiger . . . . .	332
<b>VI. Die Instrumentalisierung der Verwaltervergütung im Rahmen         der Aufsicht . . . . .</b>	<b>336</b>
1. Rechtliche Grundlagen des Vergütungsanspruches . . . . .	336
2. Versagung des Vergütungsvorschusses (§ 9 InsVV) . . . . .	338
3. Verwirkung des Vergütungsanspruches? . . . . .	343
<b>VII. Die Sicherheitsleistung durch Insolvenzverwalter als Auf-         sichtsmaßnahme? . . . . .</b>	<b>353</b>
<b>VIII. Das Zwangsgeldverfahren gem. § 58 Abs. 2 InsO . . . . .</b>	<b>354</b>
1. Entstehungsgeschichte . . . . .	354
2. Festsetzungsverfahren . . . . .	355
3. Die späte Einsicht des Insolvenzverwalters (Zweckerreichung) .	359
4. Exkurs: Zwangsgeld gegen den entlassenen Insolvenz- verwalter . . . . .	360
<b>IX. Die zwangsweise Durchsetzung von Herausgabeansprüchen . .</b>	<b>363</b>
1. Herausgabeverpflichteter . . . . .	363
2. Gegenstand der Herausgabepflicht . . . . .	364

## Inhaltsübersicht

3. Herausgabevollstreckung . . . . .	366
<b>X. Die Bestellung eines Sonderverwalters . . . . .</b>	<b>367</b>
1. Gründe der Sonderverwaltung . . . . .	367
2. Rechtsstellung . . . . .	370
3. Bestellung . . . . .	372
4. Rechtsmittel . . . . .	376
5. Exkurs: Schadensersatzpflicht des Insolvenzverwalters . . . . .	380
6. Die Nachtragsverteilung als Aufsichtsinstrument . . . . .	383
<b>XI. Die Amtsentlassung des Insolvenzverwalters . . . . .</b>	<b>384</b>
1. Funktionelle Zuständigkeit . . . . .	385
2. Gesetzliche Voraussetzung der Amtsentlassung . . . . .	387
3. Entlassungsverfahren . . . . .	395
4. Ergebnis . . . . .	399
<b>XII. Zusammenfassung . . . . .</b>	<b>399</b>
<b>G. Die Rechtsfolgen der Verletzung der Aufsichtspflicht . . . . .</b>	<b>401</b>
<b>I. Die Tatbestandsvoraussetzungen . . . . .</b>	<b>401</b>
1. Beamtenbegriff . . . . .	401
2. Aufsichtspflicht als Amtspflicht i.S.d. Art. 34 GG . . . . .	403
3. Drittbezogenheit der Aufsichtspflicht des Insolvenzgerichts . . . . .	408
4. Verursachung eines Schadens . . . . .	409
5. Verschulden . . . . .	410
6. Ersatzverpflichteter . . . . .	412
7. Begrenzung des Schadensersatzumfangs . . . . .	413
8. Beweislast . . . . .	413
<b>II. Die Haftungsausschlüsse . . . . .</b>	<b>414</b>
1. Anderweitige Ersatzmöglichkeit, § 839 Abs. 1 Satz 2 BGB . . . . .	414
2. Keine Geltung des Spruchrichterprivilegs, § 839 Abs. 2 BGB . . . . .	416
3. Rechtsmittelversäumung, § 839 Abs. 3 BGB . . . . .	417
<b>H. Besteht ein gesetzgeberischer Regulationsbedarf? . . . . .</b>	<b>419</b>
<b>I. „Gesetz zur Verbesserung und Vereinfachung der Aufsicht in Insolvenzverfahren“ (GAVI) . . . . .</b>	<b>419</b>
1. Allgemeine Zielsetzung des GAVI . . . . .	420
2. Darstellung und kritische Bewertung der Entwurfsregelungen . . . . .	420
3. Zusammenfassende Stellungnahme . . . . .	439
<b>II. Weitergehender gesetzgeberischer Regulationsbedarf? . . . . .</b>	<b>440</b>
1. Auswahl des Insolvenzverwalters . . . . .	440
2. Sicherheitsleistung . . . . .	444
3. Intergerichtlicher Informationsaustausch . . . . .	446
4. Exkurs: Online-Kontrolle des Massekontos . . . . .	446
<b>I. Risikomanagement der insolvenzgerichtlichen Aufsicht . . . . .</b>	<b>461</b>
<b>I. Risikomanagement und Aufsicht des Insolvenzgerichts . . . . .</b>	<b>462</b>

1. Exkurs: Gesetzliche Regelungen des Risikomanagements . . . . .	462
2. Die Grundsätze des Risikomanagements . . . . .	465
3. Übertragbarkeit auf die insolvenzgerichtliche Aufsicht . . . . .	468
II. Risikobegriff der insolvenzgerichtlichen Aufsicht . . . . .	468
III. Insolvenzgerichtliches Risikomanagementsystem . . . . .	469
IV. Insolvenzgerichtlicher Risikomanagementprozess . . . . .	470
1. Risikomanagementziel der Aufsicht (§ 58 InsO) . . . . .	470
2. Risikoinventur . . . . .	473
3. Risikomanagementstrategie . . . . .	479
4. Risikocontrolling . . . . .	484
V. Zusammenfassung . . . . .	484
J. Zusammenfassung der Ergebnisse . . . . .	487
Literaturverzeichnis . . . . .	505

# Inhaltsverzeichnis

<b>A. Einleitung . . . . .</b>	<b>1</b>
I. Anlass der Untersuchung . . . . .	1
II. Ziel und Gang der Untersuchung . . . . .	5
III. Begriffsbestimmungen . . . . .	7
<b>B. Die gesetzlichen Regelungen der Aufsicht des Insolvenzgerichts . . .</b>	<b>9</b>
I. Gesetzeslage bis zur Einführung der InsO . . . . .	9
1. Die Aufsicht über den Konkursverwalter . . . . .	9
2. Die Aufsicht über den Vergleichsverwalter . . . . .	10
3. Die Aufsicht über den Gesamtvollstreckungsverwalter . . . . .	10
II. Die Regelung der Aufsicht in der Insolvenzordnung (InsO) . . .	11
1. § 58 InsO als allgemeine gesetzliche Anordnung der insolvenzgerichtlichen Aufsicht . . . . .	12
2. Besondere Regelungen zur insolvenzgerichtlichen Aufsicht . . . . .	12
2.1. Bestellung und Entlassung des Insolvenzverwalters . .	13
2.2. Die Bestellung des vorläufigen Insolvenzverwalters . .	13
2.3. Die Aufsicht über die Masseverwaltung und -wertung . . . . .	14
2.4. Die Aufsicht im Rahmen der Eigenverwaltung . . . . .	16
2.5. Die Aufsicht über den Treuhänder der Wohlverhaltensperiode . . . . .	19
3. Gesetzliche Regelung der Handlungspflichten des Insolvenzverwalters . . . . .	20
3.1. Pflichten des vorläufigen Insolvenzverwalters . . . . .	20
3.2. Pflichten des Insolvenzverwalters . . . . .	20
3.3. Pflichten des Eigenverwalters . . . . .	21
3.4. Pflichten des Treuhänders in der Wohlverhaltensperiode . . . . .	22
III. Die funktionale Zuständigkeit für die Aufsicht über den Insolvenzverwalter . . . . .	22
1. Funktionelle Zuständigkeit des Insolvenzrichters . . .	23
2. Funktionelle Zuständigkeit des Rechtspflegers . . . .	25
3. Wirksamkeit einer Entscheidung des funktionell unzuständigen Organs? . . . . .	27

<b>C. Der Inhalt der Aufsicht des Insolvenzgerichts . . . . .</b>	<b>29</b>
<b>I. § 58 InsO: Rechts- oder auch Fachaufsicht? . . . . .</b>	<b>29</b>
1. Versuch einer Auslegung des § 58 Abs. 1 InsO . . . . .	30
1.1. Wortlaut des § 58 Abs. 1 Satz 1 InsO . . . . .	30
1.2. Bedeutungszusammenhang des § 58 Abs. 1 Satz 1 InsO . . . . .	31
1.2.1. Gesetzssystematik . . . . .	31
1.2.2. Normkontext . . . . .	31
1.3. Historisch-teleologische Auslegung des § 58 Abs. 1 Satz 1 InsO . . . . .	32
1.4. Zwischenergebnis . . . . .	36
2. Einheit der Rechtsordnung . . . . .	36
2.1. Aufsicht im öffentlichen Recht . . . . .	37
2.1.1. Allgemeine Bemerkungen zur Staatsaufsicht . . . . .	37
2.1.2. Staatsaufsicht bei kommunalen Selbstverwaltungs- trägern . . . . .	38
2.1.3. Zwischenergebnis . . . . .	40
2.2. Die Aufsicht beim Vormund . . . . .	40
2.3. Die Aufsicht beim Nachlassverwalter . . . . .	42
2.4. Ergebnis . . . . .	44
3. Kontinuität der Diskussion der Aufsicht zur KO und InsO . . . . .	45
3.1. Judikatur . . . . .	45
3.2. Schrifttum . . . . .	47
3.3. Zwischenergebnis . . . . .	51
4. Die Zweckmäßigkeitskontrolle als Erkenntnisprozess zur Ausübung der insolvenzgerichtlichen Aufsicht . . . . .	52
5. Die Aufsicht zwischen staatlicher Aufgabe und Gläu- bigerautonomie . . . . .	54
5.1. Stärkung der Gläubigerautonomie durch die InsO . . . . .	54
5.2. Rechtsstellung des Insolvenzverwalters . . . . .	56
5.3. Ergebnis . . . . .	58
6. Zweckmäßigkeitskontrolle des Insolvenzgerichts bei Betriebsstilllegung, -veräußerung und Reorganisa- tion im Insolvenzplanverfahren . . . . .	58
6.1. Die Zustimmung zur Betriebsstilllegung gem. § 22 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 InsO . . . . .	58
6.2. Betriebsstilllegung und -veräußerung im eröffneten Insolvenzverfahren . . . . .	63
6.3. Untersagung der Betriebsveräußerung gem. § 163 InsO . . . . .	65
6.4. Planzurückweisung gem. § 231 Abs. 1 InsO . . . . .	66
6.5. Ergebnis . . . . .	68
<b>II. § 58 InsO: Besteht ein Aufsichtsermessen des Insolvenz-         gerichts? . . . . .</b>	<b>68</b>

1.	Vorbemerkungen zur Terminologie . . . . .	68
2.	Die Aufsicht als Amtspflicht . . . . .	70
3.	Versuch einer Auslegung . . . . .	71
3.1.	Wortlaut . . . . .	71
3.2.	Bedeutungszusammenhang . . . . .	71
3.3.	Historisch-teleologische Auslegung . . . . .	72
3.4.	Zwischenergebnis . . . . .	73
4.	Einheit der Rechtsordnung . . . . .	73
4.1.	Die Kommunalaufsicht . . . . .	73
4.2.	Die Aufsicht bei den Kammerberufen . . . . .	74
4.3.	Die Aufsicht bei Notaren und Wirtschaftsprüfern . . . . .	75
4.4.	Die Aufsicht beim Vormund und Betreuer . . . . .	77
4.5.	Zwischenergebnis . . . . .	77
5.	Stand der Diskussion . . . . .	78
6.	Aufsichtsermessen und gesetzlich geregelte Fälle der Aufsicht . . . . .	79
6.1.	Massesicherung durch Bestellung eines vorläufigen Insolvenzverwalters . . . . .	80
6.2.	Betriebsstilllegung durch den vorläufigen Insolvenzverwalter . . . . .	81
6.3.	Untersagungsentscheidung nach § 161 InsO . . . . .	82
6.3.1.	Verwertungspflicht des Insolvenzverwalters . . . . .	82
6.3.2.	Beteiligungsrechte der Gläubiger . . . . .	83
6.3.3.	Untersagungsbeschluss nach § 161 InsO . . . . .	84
6.4.	Entlassung des Insolvenzverwalters, § 59 InsO . . . . .	85
6.4.1.	Stand der Diskussion . . . . .	86
6.4.2.	Stellungnahme . . . . .	87
6.5.	Prüfung der Schlussrechnung . . . . .	88
6.6.	Zwischenergebnis . . . . .	88
7.	Zusammenfassung . . . . .	89
<b>III.</b>	<b>Grenzen des Aufsichtsermessens . . . . .</b>	<b>89</b>
1.	Verfassungsrechtliche Grenzen des Aufsichtsermessens . . . . .	89
1.1.	Schutzbereich des Art. 12 Abs. 1 GG . . . . .	90
1.2.	Insolvenzverwaltung als eigenständiger Beruf . . . . .	91
1.3.	Ergebnis: Schutz der Insolvenzverwaltertätigkeit durch Art. 12 Abs. 1 GG . . . . .	93
2.	Allgemeine Beschränkungen des Ermessens . . . . .	93
2.1.	Arten der Ermessensfehler . . . . .	94
2.1.1.	Ermessensüberschreitung . . . . .	94
2.1.2.	Ermessensunterschreitung . . . . .	95
2.1.3.	Ermessens Fehlgebrauch . . . . .	95
2.2.	Ermessensreduktion . . . . .	96
2.3.	Abgrenzung zwischen Ermessensfehler und Beurteilungsfehler . . . . .	97



# Inhaltsverzeichnis

2.4.	Exkurs: Bindungswirkung von Richtlinien des Insolvenzgerichts? . . . . .	98
2.4.1.	Rechtscharakter . . . . .	98
2.4.2.	Selbstbindungswirkung . . . . .	99
2.5.	Ergebnis . . . . .	101
3.	Besondere Beschränkungen des Ermessen des Insolvenzgerichts am Beispiel der Auswahl des Insolvenzverwalters . . . . .	102
3.1.	Einflussnahme auf die Auswahl des Insolvenzverwalters . . . . .	102
3.2.	Das Wahlrecht gem. § 57 InsO . . . . .	104
3.2.1.	Normzweck . . . . .	105
3.2.2.	Bestätigung des bestellten Insolvenzverwalters . . . . .	106
3.2.3.	Bestellung des gewählten Insolvenzverwalters . . . . .	107
3.2.3.1.	Versagungsgründe . . . . .	107
3.2.3.2.	Versagungsprüfung . . . . .	109
3.2.3.3.	Versagungsentscheidung . . . . .	110
3.2.3.4.	Zuständigkeit . . . . .	111
3.2.3.4.1.	Stand der Diskussion . . . . .	111
3.2.3.4.2.	Stellungnahme . . . . .	112
3.2.3.5.	Rechtsmittel . . . . .	112
3.2.4.	Rechtsfolgen der Neuwahl gem. § 57 InsO . . . . .	114
3.2.5.	Zwischenergebnis . . . . .	114
3.3.	Vorschlagsrecht nach § 288 InsO . . . . .	115
3.3.1.	Geltungsbereich . . . . .	115
3.3.2.	Keine Bindungswirkung eines Vorschlages nach § 288 InsO . . . . .	116
3.3.3.	Rechtsmittel . . . . .	118
3.4.	Ergebnis . . . . .	118
4.	Besteht eine Pflicht zu Aufsichtsmaßnahmen auf Antrag? . . . . .	119
5.	Insolvenzgerichtliche Aufsicht und Gläubigerbeteiligung . . . . .	120
5.1.	Aufsicht und Gläubigerausschuss . . . . .	120
5.1.1.	Rechtsstellung des Gläubigerausschusses . . . . .	121
5.1.2.	Reduzierung der Aufsicht durch den Gläubigerausschuss? . . . . .	122
5.1.2.1.	Stand der Diskussion . . . . .	122
5.1.2.2.	Stellungnahme . . . . .	124
5.2.	Aufsicht und Beschlüsse der Gläubigerversammlung . . . . .	125
6.	Verhältnis der insolvenzgerichtlichen zur berufsständischen Aufsicht . . . . .	126
6.1.	Stand der Diskussion . . . . .	126
6.2.	Stellungnahme . . . . .	127

<b>D. Der Umfang der Aufsicht des Insolvenzgerichts</b>	129
<b>I. Adressat der insolvenzgerichtlichen Aufsicht</b>	129
1. Der (vorläufige) Insolvenzverwalter, der Treuhänder und der Sachwalter	129
2. Die Aufsicht über den Sachverständigen gem. § 5 Abs. 1 Satz 2 InsO	129
2.1. Auswahl und Bestellung	130
2.2. Rechtsstellung des Sachverständigen	132
2.3. Verhältnis zwischen Insolvenzgericht und Sachverständigen	133
2.4. Ergebnis	134
<b>II. Gegenstand der insolvenzgerichtlichen Aufsicht</b>	135
1. Die Verfahrensabwicklung des Insolvenzverwalters	135
2. Die Person des Insolvenzverwalters	136
2.1. Persönliche Verhältnisse des Insolvenzverwalters	137
2.1.1. Die fachliche Qualifikation des Insolvenzverwalters	137
2.1.2. Persönliche und wirtschaftliche Verhältnisse	138
2.1.2.1. Stand der Diskussion	138
2.1.2.2. Persönliche und wirtschaftlichen Verhältnisse als Zulassungskriterien für die Kammerberufe	140
2.1.2.2.1. Wirtschaftliche Verhältnisse als Zulassungskriterium	140
2.1.2.2.2. Vorstrafe als negatives Zulassungskriterium	143
2.1.2.2.3. Zwischenergebnis	143
2.2. Vereinbarkeit mit den Grundrechten?	143
2.2.1. Verletzung des Grundrechts der Berufsfreiheit?	144
2.2.1.1. Eingriff durch das Erfordernis insolvenzgerichtlicher Bestellung?	144
2.2.1.2. Eingriff durch die Eignungsprüfung gem. §§ 56, 57, 59 InsO?	145
2.2.1.3. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung dieses Eingriffs	146
2.2.1.3.1. Formelle Verfassungsmäßigkeit	146
2.2.1.3.2. Materielle Verfassungsmäßigkeit	148
2.2.1.4. Zwischenergebnis	149
2.2.2. Verletzung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung?	149
2.2.2.1. Grundrechtsgehalt	149
2.2.2.2. Eingriffswirkung der Befragung durch das Insolvenzgericht	150
2.2.2.3. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung?	151
2.3. Ergebnis	152
<b>III. Umfang der insolvenzgerichtlichen Aufsicht in formaler Hinsicht</b>	153
1. Einsetzen der insolvenzgerichtlichen Aufsicht	154

## Inhaltsverzeichnis

1.1.	Die Aufsicht des Insolvenzgerichts bereits vor Insolvenzantragstellung? . . . . .	155
1.2.	Einsetzen der Aufsicht im Eröffnungsverfahren . . . . .	155
1.2.1.	Prüfung der Antragsvoraussetzungen . . . . .	156
1.2.2.	Der Sachverständige gem. § 5 Abs. 1 InsO . . . . .	158
1.2.3.	Der vorläufige Insolvenzverwalter . . . . .	158
1.3.	Die Aufsicht im eröffneten Insolvenzverfahren . . . . .	159
1.4.	Die Aufsicht in der Wohlverhaltensperiode . . . . .	159
2.	Formale Beendigung der insolvenzgerichtlichen Aufsicht . . . . .	160
2.1.	Beendigung der Aufsicht über den Sachverständigen . . . . .	160
2.2.	Ende der Aufsicht über den vorläufigen Insolvenzverwalter . . . . .	161
2.3.	Ende der Aufsicht über den Insolvenzverwalter . . . . .	166
2.4.	Ende der Aufsicht bei der Nachtragsverteilung . . . . .	168
2.5.	Ende der Aufsicht bei der Überwachung des Insolvenzplanes . . . . .	170
2.6.	Ende der Aufsicht über den Treuhänder der Wohlverhaltensperiode . . . . .	171
<b>E. Die Aufsicht des Insolvenzgerichts als Erkenntnisprozess . . . . .</b>		<b>173</b>
<b>I. Voraussetzungen der Erkenntnisgewinnung . . . . .</b>		<b>173</b>
1.	Zuständigkeitskonzentration am Amtsgericht . . . . .	173
2.	Kompetenzverteilung innerhalb des Insolvenzgerichts . . . . .	175
3.	Subjektive Anforderungen an die Organe des Insolvenzgerichts . . . . .	176
3.1.	Fachliche Qualifikation . . . . .	176
3.2.	Unabhängigkeit und Integrität . . . . .	177
3.3.	Kommunikative Kompetenzen . . . . .	178
4.	Bedeutung der Ausstattung des Insolvenzgerichts für die Aufsicht . . . . .	179
4.1.	Personelle Ausstattung . . . . .	180
4.2.	Ausstattung mit Sachmitteln . . . . .	180
5.	Ablauforganisation des Insolvenzgerichts . . . . .	182
6.	Zusammenfassung . . . . .	184
<b>II. Erkenntnisquellen des Insolvenzgerichts . . . . .</b>		<b>184</b>
1.	Amtsermittlungen im Rahmen der insolvenzgerichtlichen Aufsicht . . . . .	185
1.1.	Reichweite des Amtsermittlungsgrundsatzes . . . . .	185
1.1.1.	Geltungsbereich . . . . .	185
1.1.2.	Amtsermittlung und pflichtgemäßes Ermessen . . . . .	186
1.2.	Instrumente der Amtsermittlung . . . . .	187
1.3.	Formerfordernisse . . . . .	188

1.4.	Rechtsmittel . . . . .	189
1.5.	Grenzen der Amtsermittlung . . . . .	189
1.5.1.	Beschränkung durch den Insolvenzzweck . . . . .	190
1.5.2.	Kollision zwischen Amtsermittlung und Aufsicht (§ 58 InsO)? . . . . .	190
1.5.3.	Amtsermittlungen im eigenen Verantwortungsbe- reich des Insolvenzverwalters . . . . .	191
1.5.4.	Ergebnis . . . . .	192
1.6.	Exkurs: Sachverhaltsaufklärung im Auftrag des In- solvenzverwalters . . . . .	192
2.	Informationen durch Verfahrensbeteiligte oder Dritte .	193
2.1.	Intergerichtlicher Informationsaustausch . . . . .	193
2.2.	Mitteilungen von Amts wegen in Straf-, Zivil- und Vollstreckungssachen . . . . .	195
2.3.	Auskünfte von Dritten . . . . .	197
2.4.	Information durch den Insolvenzschnldner . . . . .	198
2.5.	Abwehranspruch des Insolvenzverwalters? . . . . .	198
3.	Informationspflicht des Insolvenzverwalters gem. § 58 Abs. 1 Satz 2 InsO . . . . .	199
4.	Interne Rechnungslegung des Insolvenzverwalters . .	201
4.1.	Zweck der internen Rechnungslegung . . . . .	202
4.2.	Adressat der internen Rechnungslegung . . . . .	203
4.3.	Rechnungslegung in den Verfahrensabschnitten . . .	203
4.3.1.	Rechnungslegung im Insolvenzeröffnungsverfahren .	204
4.3.2.	Rechnungslegung im Insolvenzverfahren . . . . .	204
4.3.3.	Rechnungslegung in der Wohlverhaltensperiode . . .	204
4.3.3.1.	Berichtsfrequenz . . . . .	204
4.3.3.2.	Berichtsinhalt . . . . .	206
4.3.3.3.	Prüfungsumfang . . . . .	207
4.4.	Die Arten der internen Rechnungslegung des Insol- venzverwalters . . . . .	208
4.4.1.	Verzeichnisse gem. §§ 151 ff. InsO . . . . .	208
4.4.2.	Der Verwalterbericht zum Berichtstermin . . . . .	209
4.4.3.	Zwischenrechnungslegung . . . . .	210
4.5.	Die Schlussrechnungslegung durch den Insolvenz- verwalter . . . . .	211
4.5.1.	Zweck der Schlussrechnung . . . . .	211
4.5.2.	Erstellungspflichtiger . . . . .	212
4.5.2.1.	Der Insolvenzverwalter . . . . .	212
4.5.2.1.1.	Besonderheiten im Insolvenzplanverfahren . . . . .	212
4.5.2.1.2.	Besonderheiten bei Masselosigkeit (§ 207 InsO) . . . .	213
4.5.2.1.3.	Besonderheiten bei Masseunzulänglichkeit (§§ 208 ff. InsO) . . . . .	215
4.5.2.1.4.	Besonderheiten bei Verfahrenseinstellung nach (§§ 212 ff. InsO) . . . . .	215

## Inhaltsverzeichnis

4.5.2.2.	Rechnungslegungspflichten des entlassenen Insolvenzverwalter . . . . .	216
4.5.2.3.	Rechnungslegung bei Tod oder Geschäftsunfähigkeit des Insolvenzverwalters . . . . .	216
4.5.2.3.1.	Stand der Diskussion . . . . .	216
4.5.2.3.2.	Stellungnahme . . . . .	217
4.5.2.4.	Der Sachwalter in der Eigenverwaltung . . . . .	218
4.5.2.5.	Der Treuhänder gem. § 292 InsO . . . . .	218
4.5.2.6.	Der Sonderinsolvenzverwalter . . . . .	219
4.5.3.	Inhalt der Schlussrechnung . . . . .	219
4.5.3.1.	Einnahmen-Ausgaben-Rechnung . . . . .	220
4.5.3.2.	Schlussbilanz . . . . .	220
4.5.3.3.	Schlussbericht . . . . .	221
4.5.3.4.	Schlussverzeichnis . . . . .	222
4.5.3.5.	Besonderheiten für den vorläufigen Insolvenzverwalter . . . . .	222
4.5.4.	Prüfung durch das Insolvenzgericht . . . . .	223
4.5.4.1.	Funktionelle Zuständigkeit . . . . .	223
4.5.4.2.	Prüfungsinhalt . . . . .	224
4.5.4.3.	Prüfungsumfang . . . . .	225
4.5.4.4.	Prüfung der Schlussrechnung durch Sachverständigen . . . . .	226
4.5.4.4.1.	Zulässigkeit . . . . .	227
4.5.4.4.2.	Anfechtbarkeit der Sachverständigenbestellung . . . . .	228
4.5.4.4.3.	Berichtspflicht des Sachverständigen . . . . .	229
4.5.5.	Exkurs: Prüfung der Schlussrechnung durch die Gläubiger . . . . .	229
4.5.5.1.	Prüfung durch den Gläubigerausschuss? . . . . .	229
4.5.5.2.	Prüfung durch die Insolvenzgläubiger . . . . .	230
4.5.6.	Exkurs: hat der Schlusstermin Präklusionswirkung in Bezug auf eine Schadensersatzpflicht des Insolvenzverwalters? . . . . .	230
5.	Externe Rechnungslegung des Insolvenzverwalters . . . . .	232
5.1.	Handelsrechtliche Rechnungslegung . . . . .	232
5.2.	Steuerrechtliche Rechnungslegung . . . . .	233
5.3.	Adressat der externen Rechnungslegungspflicht . . . . .	234
5.4.	Verwertbarkeit für die insolvenzgerichtliche Aufsicht . . . . .	234
6.	Die Organe der Gläubigergesamtheit . . . . .	235
6.1.	Gläubigerversammlung . . . . .	235
6.2.	Gläubigerausschuss . . . . .	236
6.2.1.	Informationspflicht gegenüber dem Insolvenzgericht . . . . .	236
6.2.2.	Kein Auskunftsanspruch des Insolvenzgerichts . . . . .	237
III.	Ergebnis . . . . .	238

<b>F. Die Aufsichtsmaßnahme als Aufsichtsvollzug</b>	<b>241</b>
<b>I. Die Auswahl des Insolvenzverwalters</b>	<b>241</b>
1. Das (Vor-)Auswahlverfahrens in der Rechtsprechung des BVerfG	242
1.1. Die Judikatur des BVerfG	243
1.2. Resonanz in Literatur und Rechtsprechung	246
1.3. Stellungnahme	248
2. Das Vorauswahlverfahren als Teil der insolvenzgerichtlichen Aufsicht	250
2.1. Zuständigkeit für die Festlegung von Vorauswahlkriterien	251
2.2. Die Vorauswahlkriterien als antizipierende Aufsicht	253
2.2.1. Geschäftskunde des Bewerbers	255
2.2.1.1. Fachkenntnis	255
2.2.1.2. Erfahrung	256
2.2.1.3. Erfolgspotentiale	258
2.2.2. Arbeitsweise des Bewerbers	259
2.2.2.1. Persönliche Verfahrensbearbeitung	259
2.2.2.2. Arbeitsweise	261
2.2.3. Persönlichen Verhältnisse des Bewerbers	262
2.2.3.1. „soft skills“	262
2.2.3.2. Strafrechtliche Verurteilung	263
2.2.3.3. Geordnete wirtschaftliche Verhältnisse	264
2.2.3.4. Seriosität	265
2.2.4. Das Alter des Bewerbers	265
2.2.4.1. Geltung des AGG im Vorauswahlverfahren	266
2.2.4.1.1. Persönlicher Anwendungsbereich	266
2.2.4.1.2. Sachlicher Anwendungsbereich	267
2.2.4.2. Benachteiligungsverbot i.S.d. §§ 1, 7 Abs. 1 AGG	267
2.2.4.2.1. Rechtfertigung der Benachteiligung	268
2.2.4.2.1.1. Rechtfertigung nach § 8 Abs. 1 AGG	268
2.2.4.2.1.2. Rechtfertigung nach § 10 AGG	269
2.2.4.2.2. Ergebnis	270
2.2.5. Unabhängigkeit	271
2.2.6. Ortsnähe	272
2.2.7. Organisation und Ausstattung des Insolvenzverwalterbüros	274
2.2.8. Ausreichender Versicherungsschutz	275
2.2.9. Selbstverpflichtung zur Einhaltung von Berufsgrundsätzen	277
2.2.10. „Listing“/„Delisting“ nach Bedarf?	278
2.2.11. Ungeeignete Kriterien	280
2.3. Feststellung der Geeignetheit	281
2.3.1. Bewerbungsunterlagen	281

## Inhaltsverzeichnis

2.3.2.	Persönliches Gespräch . . . . .	281
2.3.3.	Erfahrungswerte . . . . .	282
2.3.4.	Zertifizierung . . . . .	283
2.3.5.	Regelmäßige Verifizierung . . . . .	285
2.4.	Die Vorauswahlentscheidung als Aufsichtsvollzug . . . . .	286
2.4.1.	Begründung der Vorauswahlentscheidung . . . . .	287
2.4.2.	Das sogen. „Delisting“ . . . . .	287
2.4.3.	Rechtsmittel gegen die Vorauswahlentscheidung . . . . .	288
2.4.3.1.	Rechtsweg . . . . .	289
2.4.3.2.	Rechtsschutzinteresse . . . . .	289
2.4.3.3.	Antragserfordernis . . . . .	289
2.4.3.4.	Antragsgegner . . . . .	290
2.4.3.5.	Rechtsschutz gegen Nichtaufnahme in die Vorauswahl- wahlliste . . . . .	290
2.4.3.6.	Der ewig unbestellte Bewerber . . . . .	291
3.	Die Bestellung des Insolvenzverwalters als Aufsichts- vollzug . . . . .	292
3.1.	Auswahlkriterien . . . . .	292
3.1.1.	Die Eignung im „jeweiligen Einzelfall“, § 56 Abs. 1 InsO . . . . .	293
3.1.2.	Die Unabhängigkeit im Einzelfall . . . . .	294
3.1.3.	Beschränkung des Auswahlermessens durch Vortä- tigkeit im Insolvenzverfahren? . . . . .	297
3.1.4.	Das Verteilungsargument . . . . .	298
3.2.	Auswahlentscheidung . . . . .	299
3.2.1.	Auswahlermessen . . . . .	300
3.2.2.	Bedarf die Auswahlentscheidung der Begründung? . . . . .	300
3.3.	Rechtsmittel gegen die Auswahlentscheidung . . . . .	302
3.3.1.	Rechtsmittel der Verfahrensbeteiligten . . . . .	302
3.3.1.1.	Die sofortige Beschwerde (§ 6 InsO) . . . . .	302
3.3.1.2.	Befangenheitsrüge . . . . .	303
3.3.2.	Rechtsschutz des übergangenen Bewerbers . . . . .	304
3.3.2.1.	Rechtsweg und Rechtsschutzinteresse . . . . .	304
3.3.2.2.	Zulässigkeit der Fortsetzungsfeststellungsklage . . . . .	305
II.	Die Nichtberücksichtigung bei zukünftigen Bestellungen . . . . .	306
III.	Die Steigerung der Berichtspflicht . . . . .	307
1.	Gesteigerte Berichtspflicht nach § 58 Abs. 1 Satz 2 InsO . . . . .	307
2.	Sonderprüfung . . . . .	308
IV.	Die Einberufung einer Gläubigerversammlung . . . . .	309
1.	Einberufung . . . . .	309
2.	Einberufungsgrund . . . . .	310
3.	Rechtsmittel . . . . .	312
V.	Die Handlungsanweisung durch das Insolvenzgericht . . . . .	313
1.	Zulässigkeit von Handlungsanweisungen . . . . .	313

1.1.	Stand der Diskussion . . . . .	313
1.1.1.	Erstattung von Masseentnahmen . . . . .	314
1.1.2.	Erfüllung des Auskunftsanspruchs nach §§ 167, 168 InsO . . . . .	316
1.1.3.	Die Missachtung der Zustimmungserfordernisse nach §§ 160 ff. InsO . . . . .	316
1.1.4.	Die Wahrung der Rechte der Aus- und Absonde- rungsgläubiger . . . . .	318
1.1.5.	Unterhaltsgewährung an den Insolvenzschnldner . . .	319
1.1.6.	Die Forderungsprüfung durch den Insolvenzverwal- ter . . . . .	320
1.1.6.1.	Die Nichtaufnahme einer Forderung in die Tabelle . .	322
1.1.6.1.1.	Besteht ein formales Vorprüfungsrecht des Insol- venzverwalters? . . . . .	322
1.1.6.1.2.	Rechtsschutz des Insolvenzgläubigers . . . . .	324
1.1.6.1.3.	Weisungsrecht des Insolvenzgerichts . . . . .	326
1.1.6.2.	Das Forderungsbestreiten des Insolvenzverwalters . .	327
1.1.7.	Weisung zur Rückzahlung unberechtigter Vergü- tungsentnahmen . . . . .	328
1.1.7.1.	Stand der Diskussion . . . . .	328
1.1.7.2.	Stellungnahme . . . . .	329
1.2.	Ergebnis: Kein Weisungsrecht des Insolvenzgerichts .	330
2.	Rechtsmittel gegen Weisungen des Insolvenzgerichts bzw. deren Ablehnung . . . . .	331
3.	Exkurs: Weisungsrecht der Insolvenzgläubiger . . . .	332
3.1.	Weisungsrecht des einzelnen Insolvenzgläubigers . . .	332
3.2.	Weisungsrecht des Gläubigerausschusses . . . . .	333
3.3.	Weisungsrecht der Gläubigerversammlung . . . . .	334
<b>VI.</b>	<b>Die Instrumentalisierung der Verwaltervergütung im Rahmen der Aufsicht . . . . .</b>	<b>336</b>
1.	Rechtliche Grundlagen des Vergütungsanspruches . .	336
2.	Versagung des Vergütungsvorschusses (§ 9 InsVV) . . .	338
2.1.	Stand der Diskussion . . . . .	339
2.2.	Zustimmungsversagung nach § 9 InsVV keine geeig- nete Sanktion . . . . .	339
2.3.	Exkurs: Rechtsmittel gegen Zustimmungsversa- gung? . . . . .	340
2.4.	Exkurs: „Ersatzvornahmerecht“ des Insolvenzver- walters? . . . . .	342
3.	Verwirkung des Vergütungsanspruches? . . . . .	343
3.1.	Stand der Diskussion . . . . .	344
3.2.	Verwirkung des Vergütungsanspruches nur im Aus- nahmefall . . . . .	346
3.3.	Versagung des Vergütungsanspruches bei Straftaten des Insolvenzverwalters zu Lasten der Insolvenzmasse .	348



## Inhaltsverzeichnis

3.4.	Versagung der Auslagenerstattung . . . . .	350
3.5.	Verzögerung der Vergütungsfestsetzung . . . . .	350
3.5.1.	Stand der Diskussion . . . . .	351
3.5.2.	Stellungnahme . . . . .	351
3.5.2.1.	Kein Zinsanspruch gegen die Insolvenzmasse . . . . .	351
3.5.2.2.	Amtspflichtwidrigkeit der Verzögerung der Vergütungsfestsetzung . . . . .	352
<b>VII.</b>	<b>Die Sicherheitsleistung durch Insolvenzverwalter als Aufsichtsmaßnahme? . . . . .</b>	<b>353</b>
<b>VIII.</b>	<b>Das Zwangsgeldverfahren gem. § 58 Abs. 2 InsO . . . . .</b>	<b>354</b>
1.	Entstehungsgeschichte . . . . .	354
2.	Festsetzungsverfahren . . . . .	355
2.1.	Androhung des Zwangsgeldes . . . . .	355
2.2.	Festsetzung des Zwangsgeldes . . . . .	356
2.3.	Verschulden der Pflichtverletzung . . . . .	358
2.4.	Rechtsmittel . . . . .	358
3.	Die späte Einsicht des Insolvenzverwalters (Zweckerreichung) . . . . .	359
4.	Exkurs: Zwangsgeld gegen den entlassenen Insolvenzverwalter . . . . .	360
4.1.	Zulässigkeit der Zwangsgeldfestsetzung . . . . .	361
4.2.	Zulässigkeit des Zwangsgeldverfahrens vor Bestandskraft des Entlassungsbeschlusses? . . . . .	362
<b>IX.</b>	<b>Die zwangsweise Durchsetzung von Herausgabeansprüchen . . . . .</b>	<b>363</b>
1.	Herausgabeverpflichteter . . . . .	363
2.	Gegenstand der Herausgabepflicht . . . . .	364
3.	Herausgabevollstreckung . . . . .	366
<b>X.</b>	<b>Die Bestellung eines Sonderverwalters . . . . .</b>	<b>367</b>
1.	Gründe der Sonderverwaltung . . . . .	367
1.1.	Tatsächliche Gründe . . . . .	367
1.2.	Rechtliche Gründe . . . . .	368
2.	Rechtsstellung . . . . .	370
3.	Bestellung . . . . .	372
3.1.	Funktionelle Zuständigkeit . . . . .	372
3.2.	Besteht ein Antragsrecht der Verfahrensbeteiligten? . . . . .	372
3.2.1.	Antragsrecht der Gläubiger . . . . .	373
3.2.2.	Antragsrecht des Insolvenzverwalters . . . . .	374
3.2.3.	Antragsrecht des Insolvenzschuldners . . . . .	374
3.3.	Verhältnismäßigkeit . . . . .	375
3.4.	Beteiligung der Gläubiger . . . . .	375
4.	Rechtsmittel . . . . .	376
4.1.	Rechtsmittel gegen die Ablehnung der Bestellung eines Sonderverwalters . . . . .	376
4.2.	Rechtsmittel gegen die Bestellung eines Sonderverwalters . . . . .	377

4.2.1.	Unzulässigkeit einer Befangenheitsrüge des Insolvenzverwalters . . . . .	377
4.2.2.	Unstatthaftigkeit der sofortigen Beschwerde . . . . .	378
4.3.	Rechtsmittel gegen die Abberufung des Sonderinsolvenzverwalters . . . . .	379
5.	Exkurs: Schadensersatzpflicht des Insolvenzverwalters . . . . .	380
5.1.	„Eingriffsschwelle“ . . . . .	380
5.2.	Haftung nach Verfahrensbeendigung? . . . . .	381
5.2.1.	Sachlegitimation der Insolvenzmasse? . . . . .	382
5.2.2.	Zulässigkeit der Nachtragsverteilung . . . . .	382
6.	Die Nachtragsverteilung als Aufsichtsinstrument . . .	383
<b>XI.</b>	<b>Die Amtsentlassung des Insolvenzverwalters . . . . .</b>	<b>384</b>
1.	Funktionelle Zuständigkeit . . . . .	385
1.1.	Stand der Diskussion . . . . .	385
1.2.	Zuständigkeit des Insolvenzrechtspflegers . . . . .	386
2.	Gesetzliche Voraussetzung der Amtsentlassung . . .	387
2.1.	Entlassungsgrund . . . . .	387
2.1.1.	Mangelnde Eignung . . . . .	387
2.1.2.	Verhalten des Insolvenzverwalters . . . . .	388
2.1.3.	Persönliche Verhältnisse des Insolvenzverwalters . . .	389
2.1.4.	Verletzung der Vermögensbetreuungspflicht . . . . .	389
2.1.5.	Unabhängigkeit und Interessenkollision . . . . .	390
2.1.6.	Strafverfahren . . . . .	391
2.1.7.	Zusammenfassung . . . . .	391
2.2.	Amtsentlassung bereits bei Verdachtsmomenten? . . .	393
2.2.1.	Stand der Diskussion . . . . .	393
2.2.2.	Zwischenergebnis . . . . .	394
3.	Entlassungsverfahren . . . . .	395
3.1.	Anhörung des Insolvenzverwalters . . . . .	395
3.2.	Entlassungsantrag des Insolvenzverwalters . . . . .	396
3.3.	Bestellung eines neuen Insolvenzverwalters . . . . .	396
3.4.	Rechtsmittel . . . . .	397
3.4.1.	Rechtsmittel des Insolvenzverwalters . . . . .	397
3.4.2.	Rechtsmittel der übrigen Verfahrensbeteiligten . . . .	398
3.4.3.	Rechtsfolge der erfolgreichen Beschwerde gegen die Amtsentlassung . . . . .	398
4.	Ergebnis . . . . .	399
<b>XII.</b>	<b>Zusammenfassung . . . . .</b>	<b>399</b>
<b>G.</b>	<b>Die Rechtsfolgen der Verletzung der Aufsichtspflicht . . . . .</b>	<b>401</b>
<b>I.</b>	<b>Die Tatbestandsvoraussetzungen . . . . .</b>	<b>401</b>
1.	Beamtenbegriff . . . . .	402
2.	Aufsichtspflicht als Amtspflicht i.S.d. Art. 34 GG . . .	403

## Inhaltsverzeichnis

3.	Drittbezogenheit der Aufsichtspflicht des Insolvenzgerichts . . . . .	408
4.	Verursachung eines Schadens . . . . .	409
5.	Verschulden . . . . .	410
6.	Ersatzverpflichteter . . . . .	412
7.	Begrenzung des Schadensersatzumfangs . . . . .	413
8.	Beweislast . . . . .	413
II.	Die Haftungsausschlüsse . . . . .	414
1.	Anderweitige Ersatzmöglichkeit, § 839 Abs. 1 Satz 2 BGB . . . . .	414
2.	Keine Geltung des Spruchrichterprivilegs, § 839 Abs. 2 BGB . . . . .	416
3.	Rechtsmittelversäumung, § 839 Abs. 3 BGB . . . . .	417
H.	Besteht ein gesetzgeberischer Regelungsbedarf? . . . . .	419
I.	„Gesetz zur Verbesserung und Vereinfachung der Aufsicht in Insolvenzverfahren“ (GAVI) . . . . .	419
1.	Allgemeine Zielsetzung des GAVI . . . . .	420
2.	Darstellung und kritische Bewertung der Entwurfsregelungen . . . . .	420
2.1.	Die Regelung der elektronischen Verfahrensführung (§ 5 a GAVI-InsO) . . . . .	421
2.1.1.	Gesetzgeberische Zielsetzung . . . . .	421
2.1.2.	Stellungnahme . . . . .	421
2.2.	Stärkung der Aufsicht durch Mitteilungspflichten gegenüber den Insolvenzgerichten (§ 58 Abs. 3 GAVI-InsO) . . . . .	422
2.2.1.	Gesetzgeberische Zielsetzung . . . . .	422
2.2.2.	Stellungnahme . . . . .	423
2.3.	Pflicht zum Abschluss einer allgemeinen Berufshaftpflichtversicherung (§ 60 a GAVI-InsO) . . . . .	424
2.3.1.	Gesetzgeberische Zielsetzung . . . . .	425
2.3.2.	Stellungnahme . . . . .	425
2.4.	Verstärkung der Aufsicht gegenüber dem entlassenen Insolvenzverwalter (§ 59 Abs. 1 a–1 c, Abs. 2 GAVI-InsO) . . . . .	426
2.4.1.	Gesetzgeberische Zielsetzung . . . . .	427
2.4.2.	Stellungnahme . . . . .	427
2.5.	Regelungen zur Rechnungslegung des Insolvenzverwalters und deren Prüfung durch das Insolvenzgericht . . . . .	428
2.5.1.	Gesetzgeberische Zielsetzung . . . . .	429
2.5.2.	Stellungnahme . . . . .	429
2.6.	Das „Massekonto“ des Insolvenzverwalters . . . . .	432

2.6.1.	Gesetzgeberische Zielsetzung . . . . .	433
2.6.2.	Geltende Rechtslage . . . . .	433
2.6.2.1.	Konten des Insolvenzschuldners . . . . .	433
2.6.2.2.	Bestimmung der Hinterlegungsstelle, § 149 InsO . . .	434
2.6.2.3.	„Massekonto“ des Insolvenzverwalters . . . . .	435
2.6.2.3.1.	Rechtliche Ausgestaltung des „Massekontos“ . . . . .	435
2.6.2.3.2.	Unzulässigkeit von Sammelkonten . . . . .	437
2.6.3.	Stellungnahme . . . . .	437
3.	Zusammenfassende Stellungnahme . . . . .	439
<b>II.</b>	<b>Weitergehender gesetzgeberischer Regelungsbedarf?</b> . . . . .	<b>440</b>
1.	Auswahl des Insolvenzverwalters . . . . .	440
1.1.	Erforderlichkeit einer gesetzlichen Regelung . . . . .	440
1.2.	Ausblick . . . . .	442
2.	Sicherheitsleistung . . . . .	444
3.	Intergerichtlicher Informationsaustausch . . . . .	446
4.	Exkurs: Online-Kontrolle des Massekontos . . . . .	446
4.1.	Exkurs: Zulässigkeit einer internetgestützten Gläubigerinformation . . . . .	447
4.2.	Darstellung des Systems einer Online-Kontrolle der Massekonten . . . . .	448
4.3.	Praktische Bedenken . . . . .	449
4.4.	Rechtliche Bedenken . . . . .	450
4.4.1.	Bankgeheimnis und Datensicherheit . . . . .	450
4.4.1.1.	Outsourcing der Finanzinstitute in der Praxis . . . . .	450
4.4.1.2.	Bankgeheimnis . . . . .	451
4.4.1.3.	Datenschutz . . . . .	452
4.4.1.4.	Genehmigung nach § 25 a Abs. 2 KWG? . . . . .	454
4.4.1.5.	Beachtliche Geheimhaltungsinteressen des Insolvenzschuldners . . . . .	455
4.4.2.	Kostentragung des Kontrollsystems . . . . .	456
4.4.2.1.	Allgemeine Geschäftskosten? . . . . .	456
4.4.2.2.	Masseschuld gem. § 55 Abs. 1 Nr. 1 InsO? . . . . .	457
4.4.2.3.	Massekosten gem. § 54 Nr. 1 InsO . . . . .	458
4.5.	Ergebnis und Stellungnahme . . . . .	459
<b>I.</b>	<b>Risikomanagement der insolvenzgerichtlichen Aufsicht</b> . . . . .	<b>461</b>
<b>I.</b>	<b>Risikomanagement und Aufsicht des Insolvenzgerichts</b> . . . . .	<b>462</b>
1.	Exkurs: Gesetzliche Regelungen des Risikomanagements . . . . .	462
1.1.	KonTraG . . . . .	462
1.2.	Novellierung des Zollrechts . . . . .	463
1.3.	Implikationen für die insolvenzgerichtliche Aufsicht . . . . .	464
2.	Die Grundsätze des Risikomanagements . . . . .	465
2.1.	Risikobegriff . . . . .	466

## Inhaltsverzeichnis

2.2.	Risikomanagementsystem . . . . .	466
2.3.	Risikomanagementprozess . . . . .	467
3.	Übertragbarkeit auf die insolvenzgerichtliche Aufsicht . . . . .	468
II.	Risikobegriff der insolvenzgerichtlichen Aufsicht . . . . .	468
III.	Insolvenzgerichtliches Risikomanagementsystem . . . . .	469
IV.	Insolvenzgerichtlicher Risikomanagementprozess . . . . .	470
1.	Risikomanagementziel der Aufsicht (§ 58 InsO) . . . . .	470
2.	Risikoinventur . . . . .	473
2.1.	Allgemeine Risiken für die Insolvenzabwicklung . . . . .	473
2.1.1.	Risiken im Verantwortungsbereich des Insolvenzverwalters . . . . .	474
2.1.2.	Risiken im Verantwortungsbereich des Insolvenzgerichts . . . . .	474
2.2.	Risiken für die optimale Gläubigerbefriedigung . . . . .	474
2.2.1.	Veruntreuungen oder Unterschlagungen . . . . .	474
2.2.2.	Verletzung der Vermögensbetreuungspflicht . . . . .	476
2.3.	Verletzung der Gläubigerautonomie . . . . .	478
2.4.	Verletzung von Verfahrensvorschriften . . . . .	478
3.	Risikomanagementstrategie . . . . .	479
3.1.	Ursachenbezogene Maßnahmen . . . . .	479
3.1.1.	Ausstattung des Aufsichtsorgans . . . . .	480
3.1.2.	Eignung des Insolvenzverwalters . . . . .	481
3.1.3.	Die Rechnungslegung des Insolvenzverwalters . . . . .	482
3.2.	Wirkungsbezogene Maßnahmen . . . . .	483
4.	Risikocontrolling . . . . .	484
V.	Zusammenfassung . . . . .	484
J.	Zusammenfassung der Ergebnisse . . . . .	487
	Literaturverzeichnis . . . . .	505